

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cohnstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

1. April 1925

Verlag und Vertriebsstelle
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Cohnstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Rechtsparteien gegen Rechtsregierung

Der deutsch-spanische Handelsvertrag abgelehnt.

Nach wochenlangen Verschleppungsversuchen der Rechtsparteien ist nun doch endlich die Entscheidung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag im handelspolitischen Ausschuss des Reichstags gefallen. Sie ist von besonderer Bedeutung, weil sich klar zeigt, daß die jetzige Regierungskoalition, die gebildet ist, um die Handels- und Steuerpolitik gegen die Sozialdemokratie zu treiben, in sich gespalten ist und infolgedessen unfähig zur Lösung dieser Aufgabe. Wohl selten ist so deutlich wie bei der Beratung des spanischen Handelsvertrages der Beweis geliefert worden, daß die Rechtsparteien in einzelne Gruppen von Interessenten zerfallen und unfähig sind, die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen der gesamten Bevölkerung zu wahren.

Der Abstimmung ging eine kleine Erörterung voraus. In ihr betonte die Rechtsregierung noch einmal das volkswirtschaftliche Interesse Deutschlands an dem Zustandekommen des Vertrages. Das hinderte aber die Rechtsparteien durchaus nicht durch ihre agrarischen Interessenvertreter den Vertrag weiter als ruiniös für die Bürger zu bezeichnen. Für die Sozialdemokratie erklärte Abg. Digmann, daß die sozialdemokratische Fraktion den Hilfsmassnahmen für die Bürger, wie sie vom Unterausschuss angeregt sind, unter dem Vorbehalt zustimme, daß noch eine klare Präzisierung der Schadensursache erfolge. Im übrigen würden die Gründe der Regierung für den Abschluß des Vertrages von ihr durchaus gewürdigt werden, man müsse jedoch verlangen, daß auch die Regierungsparteien das bei ihrer Abstimmung zum Ausdruck bringen. Um zunächst diese Klarheit zu schaffen, würden sich die sozialdemokratischen Vertreter der Stimme enthalten.

In der nun vorgenommenen Abstimmung wurde das Abkommen mit 17 gegen 5 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dagegen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung erjudet wird, sofort mit der spanischen Regierung in neue Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens einzutreten und ein solches Abkommen nur dann abzuschließen, wenn

a) die materielle Reistbegünstigung für alle Erzeugnisse der deutschen Industrie und

b) ein ausreichender Zollschutz für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere den deutschen Wein-, Obst- und Gemüsebau erreicht wird.

Auch bei dieser Entschließung enthielt sich die Sozialdemokratie der Abstimmung. Alle bürgerlichen Parteien waren bei der Abstimmung über das Abkommen gespalten, mit Ausnahme der Deutschnationalen, die ihre Stimmen geschlossen gegen den Vertrag abgaben. Nach Erzielung dieses Ergebnisses herrschte eine sehr gedrückte Stimmung, die sich besonders stark bei den Industrievertretern der Deutschen Volkspartei zeigte. Sie hatten bisher angenommen, daß der Vertrag trotz der Gegnerschaft der agrarischen Interessenvertreter angenommen würde. Das Abstimmungsergebnis aber zeigt, daß selbst das Eintreten der Sozialdemokratie für den Vertrag an der endgültigen Entscheidung nichts geändert haben würde.

Die Rechtsregierung hat also durch die Rechtsparteien nicht nur eine Niederlage erlitten, sondern ein nur nicht in die entsprechende Formel gekleidetes Mißtrauensvotum erhalten. Das ist der eindeutige Sinn der ersten bedeutungsvollen Entscheidung über die deutsche Handelspolitik. Wollten die Deutschnationalen die Konsequenzen vermeiden, die eine verantwortungsbewußte Regierung aus einem solchen Mißtrauensvotum ziehen müßte, blüht ihnen auch diesmal nichts anderes übrig, als der schmachvolle und unwürdige Unfall.

Zentrum und Preußen.

Die Landtagsfraktion des Zentrums hat heute vormittag über die Lage beraten, die durch die gestrige Wahl des Herrn Dr. Höppler-Wschhoff entstanden ist. Es wird vermutet, daß Herr Dr. Höppler-Wschhoff die Wahl nicht annehmen wird, wodurch dann zu neuen Vereinbarungen und Beschlüssen die Bahn frei wird. Dr. Höppler-Wschhoff wird dem Landtagspräsidenten schon heute die Nichtannahme mitteilen, so daß wahrscheinlich die Neuwahl schon morgen stattfinden wird.

Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, wird die Diskussion wieder aufgenommen. Einige Minister begeben sich zu der Rechten, um das Mißverständnis aufzuklären.

Unterstaatsminister François Albert rechtfertigt die Bekräftigung des Professors Seche mit den Vorlesungen über Völkerecht

und die Absetzung des Defans der Fakultät, Barthelmeu. Der Defan habe für die Anhänger seiner Schule eine Art Anführer verlangt, falls sie Gemäßigtheiten verüben. Der Minister habe dem Defan zwei Bedingungen gestellt, nämlich Seche unter seinen Umständen fallen zu lassen, und zuzugeden, daß im Falle von Verletzungen Strafen verhängt würden. Da der Defan darauf nicht habe eingehen wollen, habe er zur Verantwortung gezogen werden müssen. Alle diese Unruhen seien nur entstanden, um kurz vor den Gemeindevahlen den Eindruck hervorzurufen, als ob in Frankreich Unordnung herrsche.

Unter den verhafteten Studenten sind auch solche im Alter von 14 Jahren.

So könnten die Dinge nicht weitergehen, da die Regierung nicht die Pflicht habe, zuzulassen, daß die Hochschulen sabotiert werden. Das letzte Wort müsse die Disziplin und die Ordnung haben. Herriot erklärte, es bestehe nicht die Absicht, die Freiheit der Studenten einzuschränken. Man habe tatsächlich den Versuch machen wollen, die politische Ordnung zu stören. Das sei auf die Kampagne gewisser Leute zurückzuführen. Wenn man nachgebe und seine

Autorität gegen diesen Faschismus

nicht wahr, so würde man seinen Pflichten nicht gerecht. Dadurch, daß die Regierung die Freiheit der Professoren verteidigt, verteidigt sie auch die Freiheit des Unterrichts und der Universität. Schließlich wurde eine Tagesordnung Gazals mit 318 gegen 220 Stimmen angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, von politischen Elementen ausgehende Verwundungen, Unruhen zu stiften, nicht zu dulden und die Unversitätsfreiheit zu wahren. Damit wurde

der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Die Sitzung dauerte bis 3 Uhr nachts.

Studentenstreik an der Sorbonne.

Paris, 1. April. (MIZ.) Das Komitee der Studenten der Universität Paris hat beschlossen, von Donnerstag, den 2. April, ab einen 48 stündigen Streik zu organisieren, um gegen die Entsetzung des Professors Barthelmeu als Defan, gegen die Schließung der Rechtsfakultät und gegen die Verurteilung der wegen lärmender Kundgebungen gerichtlich bestrafte Studenten zu protestieren.

Hoch- und Straßenbahnerstreik in Hamburg.

Die Hochbahn A.-G. stillgelegt.

Hamburg, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Hoch- und Straßenbahner hat heute in vollem Umfang eingesetzt. Der Beginn des Kampfes wie überhaupt die ganze Führung der Bewegung zeugt von einem entschlossenen disziplinierten Willen der Verkehrsarbeiter. Es ruhen sämtliche Verkehrsbetriebe, die zur Hamburger Hochbahn A.-G. gehören. Streikbrecher sind bis jetzt noch nicht hervorgetreten. Aus den entlegenen Stadtteilen scheint sich ein bis jetzt allerdings noch sehr schwacher Notverkehr mit allen möglichen Fahrzeugen nach dem Zentrum der Stadt zu entwickeln. Ein starker Andrang machte sich infolge des Streiks auf der der Reichsbahnverwaltung unterstehenden Vorortbahn geltend. Es gelang jedoch bis jetzt, ihn ohne Störungen zu bewältigen.

Zwischen den Schlachten.

Der Kampf um Preußen.

Die Wahlen am Sonntag haben das politische Bild Deutschlands erheblich geändert. Schon am 7. Dezember hatte sich gezeigt, daß die reaktionäre und die nationalistische Welle gebrochen ist, daß die Republik wieder erstarkt. Langsam kommt diese Wandlung auch den Organen des Jarres-Blochs zum Bewußtsein, die noch am Tage nach ihrer Niederlage allzu gläubigen Lesern weismachen wollten, daß sie — mit Jarres in Front — einen Sieg erjachten hätten. Der Rechten kann man nur viele solche Siege wünschen.

Die Wandlung zeigte sich gestern am deutlichsten im Preussischen Landtag. Vor dem 29. März haben die Rechten die wüßteste Obstruktionspolitik getrieben. Die Volkspartei hat das Ministerium gestürzt, den sie Jahre lang selber angehört. Weder Braun noch Marx wurde von ihr gebildet. Ja, Marx ist von der gesamten Reichspresse noch viel illonaler behandelt worden als der Sozialdemokrat Braun. Als Marx schließlich den Ausweg versuchte, ein Beamtenkabinett zustande zu bringen, weil keine andere Regierung mehr möglich erschien, hat man ihm in letzter Stunde rücksichtslos und brutal den Stuhl vor die Tür gestellt mit der lächerlichen Begründung, ein Kandidat für den Reichspräsidentenposten könne als Ministerpräsident nicht in Frage kommen. Daß andere deutsche Ministerpräsidenten ebenfalls kandidierten, machte bei dieser Argumentation ebensowenig aus wie die in anderen Spalten der Reichspresse als unumstößliche Weisheit aufgestellte Behauptung, Jarres werde im ersten Wahlgang durchs Ziel gehen. Jetzt liest man's anders. In beinahe weinerlichen Tönen wird die „Zeit“ den Parteien der Weimarer Koalition vor, daß sie von einer schließlich friedlichen Lösung nichts mehr wissen wollen:

„Gestern hat man vollendet den Eindruck gewonnen, daß diese Parteien jetzt darauf ausgehen, die Entscheidung in Preußen auf den Kampf einzustellen. In der vorigen Woche war man einer friedlichen Lösung bereits ziemlich nahe gekommen. Das Zentrum und auch die Sozialdemokraten zeigten sich dem Vorstoß, ein Beamtenkabinett zu bilden, durchaus nicht abgeneigt. Gestern aber war von alledem nicht mehr die Rede. Vertreter des Zentrums erklärten allerdings, daß sie immer noch zu einem solchen Versuch bereit seien, daß aber die Sozialdemokratie das Beamtenkabinett entschieden ablehne. Wie weit und ob nun das Zentrum wirklich noch verhandlungsbereit war, sei dahingestellt. Sicher ist jedenfalls, daß die Parteien der Weimarer Koalition die anderen Parteien in der Nachmittagsitzung mit einer Kandidatenaufstellung überforderten, die die volle Rückkehr zur Weimarer Koalition bedeute und alle Brücken der Verständigung abbrach.“

Es ist richtig, daß man in der vorigen Woche einer Lösung ziemlich nahe gekommen war. Es war die Volkspartei, die rücksichtslos in letzter Stunde diese Lösungsmöglichkeit zerstückelt und die noch im ständigen Ausschuss zu dem verzweifelten Mittel griff, durch Obstruktion jede Führung der preussischen Regierungsgeschäfte unmöglich machen zu wollen. Das Sammeln über den bösen Kampfeswillen der Linken ist eitel Heuchelei, und im übrigen ein wertvolles Eingeständnis, daß jetzt nach den Wahlen vom Sonntag die Lage in Preußen sich wesentlich geändert hat. Das bestätigt auch die Ausrufung der „Nationalpost“:

„Der Weimarer Koalition scheint durch den von ihr behaupteten „Wahlerfolg“ bei der Reichspräsidentenwahl der Kampf erheblich gelockert zu sein. Sie hat offenbar die Absicht, jetzt einen politisch nicht sehr belasteten Mann in den Vordergrund zu schieben und ihn mit der Bildung eines Übergangsministeriums zu betrauen, dessen Aufgabe schenbar darin besteht, den Landtag aufzulösen und einen Wahlkampf zu gunsten der Weimarer Koalition durchzuführen. Gegen den Wahlkampf haben wir gar nichts einzumenden (!), vielmehr halten wir es durchaus für richtig, daß das preussische Volk darüber entscheidet, ob es sich die parlamentarischen Kniffe der abgemessenen Weimarer Koalition noch länger gefallen lassen will oder nicht. Wogegen wir aber den schärfsten Einspruch zu erheben haben, das ist die Tatsache, daß die Linke immer noch, demokratisch wie sie nun einmal ist, an dem Gedanken der Minderheitsregierung festhält und diese jetzt durch die Aufnahme eines zweiten Sozialdemokraten offenbar parteipolitisch noch stärker festlegen will. Die einzige Lösung in dem preussischen Verfassungskonflikt ist die, ein Beamtenministerium zu bilden, das dann die Neuwahlen durchzuführen hätte. Was wir jetzt in Preußen erleben, ist der Versuch, mit Hilfe der Auflösung eine verfassungswidrige Regierung einige Monate länger am Ruder zu halten. Die Rechte wird gegen dieses unparlamentarische Verfahren schärfsten Protest einlegen müssen.“

Die Deutschnationalen wissen natürlich ganz genau, daß nach den Erfahrungen in Oldenburg ein Beamtenkabinett vollständig ausgeschlossen ist. Und wenn sie jetzt so eifrig nach einem solchen Kabinett jähren, was noch vor einer Woche ihnen unmöglich erschien, so wissen sie auch, warum sie das tun. Freilich auch andere wissen es, weshalb die Deutschnationalen auf einem Beamtenkabinett bestehen, und gerade weil sie das wissen, sehen sie diesen jetzt von der Rechten aufgegriffenen Lösungsversuch ab. Selbstverständlich: Preußen muß zur Ruhe und zu verfassungsmäßigen Zuständen kommen. Es geht unter keinen Umständen so weiter, daß eine ausgesprochene Minderheit ununterbrochen Regierungskrisen herbeiführen kann. Gleichgültig können selbst die Deutschnationalen trotz großer Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete des Umfalls doch nicht so weit gehen, daß sie gegen ihren eige-

Kulturkampf und Studentenradau.

Stürmische Kammerdebatte in Paris.

Paris, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer kam es am Dienstag abend in der Debatte über die Haltung des Merus im Elsch und bei Besprechung einer Interpellation über die reaktionären Kundgebungen Pariser Studenten zu stürmischen Szenen, so daß die Sitzung zeitweilig unterbrochen werden mußte. Es handelt sich bei diesen Vorgängen um nationalistische Demonstrationen gegen einen neuernannten Professor, der vorher im pazifistischen Sinne über Völkerrichtslehre gesprochen haben soll. Die Regierung ist inzwischen eingeschritten, hat die Rechtsfakultät von der Polizei besetzen und den Defan seines Amtes entheben lassen.

In der Kammer führte Ministerpräsident Herriot u. a. aus, in seiner Programmierung habe er versprochen, alle Abweichungen in der Gesetzgebung der beiden Provinzen von dem übrigen Frankreich beseitigen zu wollen und bei der Einführung der Gesetzgebung der Republik im Elsch die erworbenen Rechte zu respektieren. Das sei dieselbe Sprache gewesen, die Millerand als Generalkommissar geführt habe, aber diese Worte seien verabscheuungswürdig und müßten bekämpft werden, wenn sie aus seinem, Herriots, Munde stammten! Er werde sich aber dadurch nicht beirren lassen. Der Ausnahmestand für Elsch-Vorbringen müsse beseitigt werden. Man dürfe nicht vergessen, daß das Elsch das Land der Marcellaise

sei. Seine Tradition sei die der französischen Revolution. Die Regierung habe nicht eine Handlung gegen das Elsch begangen, die man ihr zum Vorwurf machen könnte. Die Agitation, mit der man jetzt Geschäfte mache, sei verabscheut. Schließlich empfiehlt Herriot unter dem Vorbehalt der Linken die Annahme des Verwaltungsgesetzes. Es folgte die Interpellation des Polnischen Abgeordneten über die Zwischenfälle auf der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Sorbonne und der Absetzung des Defans. Abg. Pharnegarog forderte vor allen Dingen die Verhaftung und Verurteilung einiger Studenten. Ministerpräsident Herriot erklärte, er könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden, denn er habe dem Gericht keine Befehle zu erteilen.

In diesem Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall. Einige Abgeordnete begeben sich vor die Rednertribüne. Die Abgeordneten der Linken wissen nicht, um was es sich handelt. Kammerpräsident Painlevé erklärt, Abgeordnete der Rechten wollen gehört haben, daß Ministerpräsident Herriot gerufen habe: „Wer ist der Epitaphiker, der dies gesagt hat?“, und erwiderte die Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu begeben. Abg. Jolin-Lambert von der demokratisch-republikanischen Union erklärt, ein Abgeordneter habe mit den Händen gedroht. Herriot erklärt, er habe das Wort „Lügner“ vernommen. Als man ihm das zugerufen habe, habe er den Justizminister gebeten, sich darüber zu äußern. Die Rechte ruft: „Das war eine Schande.“ Herriot erwidert: „Ich höre immer noch das Wort „Schande“. Ich habe niemanden beleidigt.“ Darauf ent-

ein großer Skandal.

Man vernimmt Zurufe des Abg. Roginot, während der Abg. Jolin-Lambert den Ministerpräsidenten anfragt, ihn beleidigt zu haben, dieser könne ihn aber nicht beleidigen. Er verlange von ihm nicht einmal einen Widerruf. Kammerpräsident Painlevé will dem Abg. Pharnegarog das Wort verschaffen. Es gelingt ihm aber nicht, da die Rechte fortwährend weiter räumt; und die Abgeordneten Ballamont und Dupont forciert Zwischenerufe machen, so daß Kammerpräsident Painlevé die Verhängung der Zensur über diese beiden Abgeordneten fordert. Dies vermehrt die lärmenden Kundgebungen. Die Sitzung wird unterbrochen.

nen Antrag auf Auflösung des Landtages stimmen. Gerade nach den Vorgängen in der gestrigen Landtagsagung ist die Auflösung mehr denn je notwendig, um auch in Preußen klare Verhältnisse zu schaffen. Die Ueberzeugung, daß eine solche Klärung notwendig ist, zieht immer weitere Kreise. In diesem Zusammenhang ist die Ausräumung des Zentrumsorgans, der „Germania“, von Interesse. Sie schreibt:

„Ob es Herrn Höpfer-Mschoff gelingt, ein Ministerium zusammenzubringen, erscheint noch sehr zweifelhaft. Der Koenigswahl hat das ihm vom Landtag erteilte Mandat noch nicht angenommen. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß Höpfer-Mschoff die Wahl nicht annehmen wird. Jedenfalls stellt die gestrige Entscheidung in Preußen noch nichts Endgültiges dar.“

Der bevorstehende zweite Wahlgang für den Posten des Reichspräsidenten bleibt naturgemäß nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Preußen. Im Landtag hieß es gestern, das Parlament solle aufgelöst werden und die Neuwahlen würden gleichzeitig mit der Präsidentenwahl stattfinden. Dieser Plan wird indes kaum durchzuführen sein, aber man muß trotzdem mit dem baldigen Ende des Landtages rechnen, da zurzeit keine Aussicht auf die Bildung einer dauerhaften Regierung besteht. In der Kandidatenfrage für die Präsidentschaftswahl ist gestern insofern ein wichtiger Schritt erfolgt, als der Parteivorstand des Zentrums beschloß, den Ministerpräsidenten Marx als Sammeltandkandidaten vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung für das Zentrum liegt beim Reichsparteiausschuß, der im Laufe dieser Woche zusammenzutreten wird. Den anderen Parteien ist gestern von dem Vorschlag des Reichsvorstandes des Zentrums Kenntnis gegeben worden. Der Vorschlag des Zentrums trägt der allgemeinen Stimmung sowohl im Inlande wie im Auslande Rechnung, die immer mehr auf Marx als Kandidaten der Verfassungsparteien hofft. Mit dem Schritt des Reichsparteivorstandes sind die Dinge nun in Fluß gekommen und man kann nur hoffen, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.“

Theoretisch ist der Vorschlag des Zentrums, den Ministerpräsidenten Marx aufzustellen, vielleicht so gedacht, daß er mindestens formell sich an alle Parteien richtet. Der Sache nach erscheint freilich ein Vorschlag der neuen Kandidatur Marx an die Rechtsparteien vollkommen aussichtslos, denn — so versichert der „Tag“: „Der Reichsblock hält an Jarres fest.“ Das gleiche behauptet die „Deutsche Zeitung“, und auch die „Zeit“ bringt ostentativ die Meldung, daß die dem Reichsblock angeschlossenen großen vaterländischen Organisationen selbstverständlich an der Kandidatur Dr. Jarres festhalten müssen, und daß Verlauf und Ergebnis der bisherigen Wahlarbeit in allen Teilen Deutschlands zu den besten Aussichten für den Sieg im zweiten Wahlgang berechtigt. Das Zentrum wird sehr bald auch erfahren, was praktisch bereits feststeht, daß Schwerindustrie und Wirtschaftsgewaltige in Deutschland keinen Mann der Vermittlung, sondern nur einen Mann ihrer Alleinherrschaft wollen.

Diese Klärung wird nicht lange auf sich warten lassen und sicher zweifellos auch auf die Entwicklung der Verhältnisse in Preußen Einfluß haben. Sie muß den Willen zur Auflösung auch außerhalb der Reihen der Sozialdemokratie stärken. Der Landtag entspricht in seiner Zusammensetzung nicht dem Willen des Volkes, und die zufällige Tatsache, daß den Parteien der Weimarer Koalition ganze drei Stimmen an der absoluten Majorität fehlen, darf auf die Dauer nicht dazu führen, die Regierung Preußens vollständig aktionsunfähig zu machen. In der demokratischen Presse kommt diese Ueberzeugung am stärksten zum Ausdruck. Die „Boschische Zeitung“ wie Berliner Tageblatt“ melden, daß Höpfer-Mschoff schwere Bedenken habe, die Wahl zum Ministerpräsidenten anzunehmen und daß ein neuer Ministerpräsident eventuell notwendig sein werden. Die „Boschische Zeitung“ schreibt:

„Es haben sich gestern in letzter Stunde sehr maßgebende und führende Persönlichkeiten der Zentrumspartei dahin ausgesprochen, daß die angeführten Bedenken nicht genügend seien, um die Kandidatur Otto Brauns abzulehnen, zumal in einem Zeitpunkt, wo die Sozialdemokratie sowie staatspolitische Einsicht zeige, trotz ihrer außerordentlichen Stimmengewinne am 29. März für den zweiten Wahlgang das Opfer der eigenen Kandidatur zu bringen und für Reichskanzler a. D. Marx als republikanischen Sammeltandkandidaten einzutreten. Es ist also durchaus möglich, daß im Falle einer Ablehnung der Wahl durch Dr. Höpfer-Mschoff Otto Braun von den Parteien der Weimarer Koalition aufgestellt und auch als Ministerpräsident gewählt wird, statt daß man ihm, wie gestern beabsichtigt wurde, das Finanzministerium anbietet.“

Auch das „Berliner Tageblatt“ äußert sich in gleichem Sinne. Stärker als der Tag nach taktischer Gesichtspunkte ist der harte Zwang der Tatsachen. Er erheischt gebieterisch die Aufnahme des Kampfes gegen die Herrschaftsgelüste der Rechtsparteien. Deutschland kann und darf nicht dem Machtwillen der Nationalisten und der Schwerindustrie anheimfallen, die Massen des Volkes werden eine solche Entwicklung nie zulassen. Der 29. März hat den Bann gebrochen, der eine freiheitliche Entwicklung zu hemmen schien, der 26. April wird die Hoffnungen der Reaktion endgültig zuschanden machen. Sie werden ihr Ziel nicht erreichen — weder im Reich, noch in Preußen.

Konferenz der Parteiredakteure.

In seiner heutigen Sitzung hat der Parteivorstand beschlossen, eine Konferenz der politischen Redakteure aller sozialdemokratischen Parteizeitungen für Freitag, den 3. April, vormittags 11 Uhr, im Reichstagsgebäude einzuberufen. Besondere Einladungen ergehen nicht. Jede Parteiredaktion muß vertreten sein.

Trick-Film.

Ferdinand Lassalle — der Fiesko des 19. Jahrhunderts. — Nationalpolitischer Trickfilm gegen den internationalen Marxismus der deutschen Sozialdemokratie.

Kein Biß bitte. Der Film wird nächstens fabriziert werden und man wird ihn im Auftrage der Vaterländischen, der Leute von den gelben Verbänden mit dem Gelde der Schwerindustrie freieren. Da die großen Männer und Helden der Rationalisten nicht mehr hoch im Kurs stehen, wollen sie eine Anleihe in der Geschichte der Sozialdemokratie vornehmen und Lassalle zum Gott der Vaterländischen Verbände machen. Der Plan ist so übel nicht; denn daß die wahrhaft nationale Gesinnung und das staatspolitische Verantwortungsgelübde in der Sozialdemokratie zu finden sind, das ist eine Tatsache.

Der „Deutsche Presse- und Werbebetrieb“ versendet an die Generaldirektoren der großen Industrieunternehmen ein Zirkular, in dem er um Geld für die Herstellung eines Großfilms zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bittet. 200 000 Mark will er dafür haben. Lassalle soll als nationaler Held gegen den internationalen Revolutionär Marx ausgespielt werden.

Die harmlosen Gemüter der gelben Propaganda versprechen sich davon einen Stoß ins Zentrum der Sozialdemokratie. Die Synthese aus Marx und Lassalle, aus Gesellschaftskritik und Staatspolitik haben sie nie verstanden. Sie denken mit den primitiven Begriffen und dem primitiven Verstand der Kommunisten, für die beides Gegensätze sind.

Das kann ein erheitendes Nachwerk werden! Im Zirkular heißt es:

„Um nun hier einen mächtigen Großfilm zu schaffen, der also künstlerisch und technisch auch hochgepannten Erwartungen genügt und mit der magischen Anziehungskraft, die der Name Lassalle noch immer auf unsere Arbeiterschaft ausübt,

den von uns gewollten Zweck ihrer durchgreifenden Beeinflussung im vaterländischen Geiste verbindet, ohne daß der historische Lassalle tendenziös umgehoben wird, haben wir zur Verfilmung eine seriöse Gesellschaft gewonnen, auf die wir auch den nötigen moralischen Einfluß haben, damit wir bei Ausführung des Films des von uns beabsichtigten politischen Erfolges sicher sind. Die Taktik Marx durch Lassalle zu schlagen, kann uns eben nur dann zum Siege führen, wenn wir weder im Film noch im Buche die Tendenz zu die auftragen, wenn wir den berühmten „Pferdefuß“ nicht herausgucken lassen. Dadurch würde beide für die breite Masse unschmackhaft gemacht und unsere Gegner zu häßlicher Kritik herausgefordert werden.“

Das Begleitschreiben ist so kostbar wie die Idee. Da ist vom Aufbau der Sozialpolitik durch die Schwerindustrie die Rede, vom Gewissen der Sinnes und Voegelers, und es wird angedeutet, daß die Sinnes und Voegeler des „Sozialherz“ von Lassalle geerbt hätten. Etwas viel Honig für die Industriellen, die für das Vergnügen 200 000 Mark zahlen sollen.

Wenn mit Hilfe dieses Trickfilms sich die Leute von der schwarzweissen Propaganda für Lassalle begeistern wollen — nur zu! Die Zuschauer werden sagen: warum also den Lärm gegen die Partei Lassalles, die Sozialdemokratie?

Im übrigen ist es kostbar, daß die Schwarzweissen sich nicht nur hinter die Person eines Sozialdemokraten und Revolutionärs, sondern noch dazu hinter die große Persönlichkeit eines Juden verstecken wollen, um auf die Massen zu wirken.

Rüffen die aber geistig pleite sein!

Verleumdung ohne Ende.

Eine Erklärung Hermann Müllers.

Genosse Hermann Müller-Franken schreibt uns: Unter der Spitzmarke „Wie sie verleunden“ habe ich in einer Erklärung, die in Nr. 130 des „Vorwärts“ vom 18. März 1923 abgedruckt ist, die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ der fortgesetzten Lüge beschuldigt. Allen Behauptungen dieser Korrespondenz entgegne stelle ich u. a. fest, daß ich im Jahre 1920 überhaupt nicht in Holland war. In einem Sonderbericht vom 23. März d. J. (der auch in Deutschland vertriebt wird. Red.) behauptet dieses niederländische Repetisch, daß es kein Wort des von mir angezeigten Artikels zurückzunehmen habe. Die Herren Graßmann und Dismann würden wohl bezeugen, daß ich mit ihnen an dem berühmten Abend und an anderen Abenden in der Sängerkasse in Amsterdam gewesen sei. Der Schriftsteller des Repetisch hätte leider nicht so lange bleiben können, bis Weis und ich in der Sängerkasse eingetroffen waren. Wenn der Schriftsteller „an den berühmten und anderen Abenden“ nicht zufällig immer zu früh weg gemußt hätte, würde ihm vermutlich das Schwimmbad doch etwas schwerer fallen. Im Einverständnis mit den Abg. Graßmann und Dismann stelle ich fest, daß ich mit beiden oder einem von beiden weder 1920 noch sonst in der Sängerkasse in Amsterdam war. Es ist bezeichnend, daß sich die deutsche Rechtspreste immer noch von so fragwürdigen Subjekten aus dem Ausland bedienen läßt. Wer aber hält diese Lügenkorrespondenz aus?

Berlin, den 31. März 1923.

Hermann Müller.

Die französischen Kriegsprojekte. Ein Pariser Kriegsgericht hat den Deutschen Otto Schröder in contumaciam zum Tode verurteilt. Schröder soll als Kommandoposten im Gefangenenlager Bernigerode französische Kriegsgefangene zu Tode gemartert und den französischen Soldaten Morel am 9. Januar 1916 in Anwesenheit anderer Kriegsgefangener durch Gewehrschüsse getötet haben.

Der neue Vorsitzende der Kopenhagener Stadtvertretung Genosse A. Hansen, ist als Führer der dänischen Metallarbeiter auch in Deutschland wohlbekannt. Sein Amtsvorgänger Genosse Peterien übernimmt einen der drei Bürgermeisterposten.

„Oskar Wilde“ von Sternheim.

(Deutsches Theater.)

Tarl Sternheim, der Feind des philiströsen Snobismus, hat sich eine Zeitlang aller Sünden entsündigt, die zu Lasten des allzu weichen, schon vermoderten Neuklassizismus fallen. Er hatte wenigstens seine eigene Literatur von allem Literatenhaften zu reinigen versucht und das Theater um Menschen bereichert, die allen Abscheu vor der Kleinbürgererei und alle Befreiung aus dieser Sphäre bekunden. Nun wird er plötzlich wieder verschmacht, ein Anspannen der Stimmungsreife unterm Zeitungsdruck, der seine Leute mit Worten besoffen machen will. Sein Drama „Oskar Wilde“ ist nichts anderes als solche verblühte Kolportageübung, gemildert durch einige Psychoanalyse, getrübt meist durch eine zur Charakterstärke werdende Unbesorgtheit, die verneint, ein geschichtlich viel gepriesener Name müsse auch ein geschichtliches Drama ausfüllen.

Oskar Wilde, den sehr dominierte Briten ins Zuchthaus stecken, weil er der mannsmännlichen Liebe allzu herausfordernd ludigte, geriet in tragisches Schicksal. Sein Tod im Pariser Vorstadtshotel war höchst schätzig. Ein pompöser Bolschewist, der turiose Kleinmieden gedächelt hatte und dazu noch sehr amüsante Gesellschaftsschauspieler, deren Spottlaune noch heute am Ruf des englischen Bürgers fröhlich, ging ein in seinem franken Bett und in seiner Armut. Aus dem Zuchthaus hat er oder jene mächtig zermürbende Bekennnischrift entsendet, die Seelenqual und füllige Läuterung wunderbar ausstrahlt. Er war ein Gentle mit Interkollen. Der Größenwahn, der tief in seinem tropischen, von der Natur zur Unnatur abgelenkten Temperament steckte, hat ihn ruiniert. Dazu das, was die hornierte Welt als sein „Kästchen“ versenkte, heute sind wir gern sehr ausgeklüfft und möchten Oscar Wilde den Weg zur Unsterblichkeit nicht verschließen.

Sternheim will mitdelfen an diesem Liebeswerk. Durch sein Drama wurde er kein starker Treuhänder. Die vier Akte, in denen Wilde zunächst strahlt, um dann in die Spelunke zu fallen und hierauf vor Gericht gerichtet zu werden und schließlich in der Pariser Maniade zu verabschieden, sind ziemlich gewissenhaft nach der zugänglichen Wilde-Chronik geschnitten. Das Ganze aber ist fall, ein Kunststück nur und wenig Kunst. Und das Kunststück dazu noch kompromittierend aufgedreht wie ein Vorstadtfilm. Das Wilde-Mitien, die jarten Tungen und sogar die Switter, wurden verflücht. Sie sollten nur anormal sein in ihren Sinnen. Die Tragik wurde ihnen aus der Seele gepumpt. Das Szenenbild war auch so auf untompfisierte und grobe Wirkung stilisiert.

Ein Schauspieler, der alles tragen muß: Rudolf Forster als Oscar Wilde. Boran liegt es, daß man von solcher Theatergestalt zunächst körperliche Wahrhaftigkeit erwartet? Vielleicht, weil der geschichtliche Oscar Wilde zu oft in seiner körperlichen Unammigkeit und satirischen Eleganz abgehildet wurde. Herr Forster erschien

zunächst zu schmal und schlant, nicht genügend vorausbestimmt zum Schlagfluß. Körper und Charakter bilden ja eine geheimnisvolle Einheit. Hatte man diesen Mangel vergessen, dann dürfte man Herrn Forster loben, seine nicht unumwundene, aber dem Fiskus doch nahe Berechtbarkeit, das Spiel seiner sehr wohlgefälligen Hände, all diese fürstlich verworfenen Schönheiten und Romieren.

Mag Hochdorf.

Georg Brandes in Berlin.

Ein „großer Abend“, wie es in der Gesellschaftssprache heißt. Anwesend war das geistige und künstlerische Berlin. In dem bis auf den letzten Platz gefüllten Blüthenaal sprach oder vielmehr las der berühmte dänische Literaturapostel Georg Brandes über „Das heutige Europa“. Ein Mann von 53 Jahren, einer der fruchtbarsten Bühnenaufwachen der letzten Zeit, findet er keinen zweiten, der gleich ihm Bescheid über die geistigen Vorgänge in unserem Erdteil wüßte. Er war ein denkender Knabe, als der letzte Romanistler Heinrich Heine starb; er hat den französischen Naturalismus aus der Taufe gehoben; er machte seine großen nordischen Nachbarn Ibsen, Strindberg, Hauptmann in den maßgebenden Kulturländern bekannt; er war einer der ersten, der dem bereits umnachteten Reich die ein Wort des Verständnisses über den halben Kontinent jure; er hatte seine Augen in Petersburg, London, Berlin, Paris; er glaubte an ein völkerverbindendes geistiges Band, und er hat den aus dem Weltkrieg hervorgegangenen geistigen Verfall Europas erlebt. Der Mann, der über Goethe, Holtaire, Michelangelo Worte geschrieben hat, der an den Fortschritt der Zivilisation geglaubt hatte, ein liberaler Bürger der achtundvierziger Jahre, er sah keine Weale zertrümmert und blüht hoffnungslos in ein Chaos.

So klappte denn dieser durch seine erstaunliche Arbeitsleistung und durch seinen edlen Glauben an die höhere Menschlichkeit uns allen vornehmliche Preis mit milder Stimme über das in Trümmern gegangene geistige Europa. Wie ein Arzt, der nur die äußeren Erscheinungen einer Krankheit sieht, ohne den eigentlichen Ursprung zu erkennen, schüberte er die allen-bekanntesten Symptome des Völkerverfalls und wälzte alle Schuld auf die Presse. Es ist dieselbe Beweisführung, wie die, daß die Armut von der großen Rowert herrühre. Rationalismus sei das Grundübel, das von der Presse in allen Ländern gefördert werde. Daß aber die nationalistische Presse nur Kuppelbedenke für das internationale Kapital zu leisten habe, daß in allen europäischen Ländern das arbeitende Volk vom Völkerverfall nichts wisse, sagte ihm unbekannt zu sein. So sprach er denn auch mit etwas geringschätziger Ironie vom Sozialismus, der ihn erledigt zu sein scheint. Europa ist ihm nur eine Grabstätte, und er übersteht die Kräfte einer neuen, dem sozialen Menschheitsgedanken entsprossenen Geisteswelt.

Laudator temporis acti, ein Lobredner des früheren Europas, dem er bis zum biblischen Alter ein treuer Wächter gewesen ist, glaubt er, wie so viele jüngere Besimisten, daß nun die Entwicklung an einem Ende angelangt sei. Gewiß, es muß für einen Zeitgenossen des übermütigen kaiserlichen Frankreichs, des größtmöglichen Bismarckianer Deutschlands und so vieler anderer dahin-

gejunekener Zeitmächte schwer sein, sich in der überaus rauhen Gegenwart zurechtzufinden. Aber Hand aufs Herz, liegt nicht jene oberflächliche Betrachtungsweise, die Georg Brandes der Presse zum Vorwurf macht, auch ein wenig seinen eigenen Ausführungen zugrunde?

Paul Gutmann.

Häufigste Kunstseide. Aus England kommt die Nachricht von der Herstellung einer ganz neuen Kunstseide. So sehr die gebräuchlichen Arten der Kunstseide auch geschätzt sind, sie haben alle einen Nachteil: ihre Unbeständigkeit gegen Feuchtigkeit. Die beste und feinste Kunstseide, die sich in keiner Weise von dem echten Produkt unterscheidet, ist sofort zu erkennen, wenn man eine Faser mit der Zunge anfeuchtet. Dann löst sich die Kunstseide nämlich leicht zerteilen, während echte Seide fest und beständig bleibt. Der Vorteil der neuen englischen Kunstseide, Cellulose oder Acetatsseide genannt, ist eine sehr große Beständigkeit der Faser gegen Feuchtigkeit, die der echten Seide gleichkommt.

Ausgangsmaterial ist auch hier wie bei den anderen Kunstseiden die Zellulose in Form von Holzspäne, Säureabfällen, Papier usw. Bei dem neuen Verfahren wird die Zellulose mit Essigsäure behandelt, „verestert“, wie der chemische Fachausdruck heißt. Die hierbei erhaltene Acetyl-Zellulose wird übrigens schon seit längerer Zeit zur Herstellung des Films benutzt. Durch weitere Verarbeitung, deren chemische und mechanische Einzelheiten patentamtlich geschützt sind, gewinnt man eine Faser, die auch in der Stärke und im Glanz der echten Seide gleichkommt. Der wesentliche Unterschied gegenüber den gebräuchlichen Kunstprodukten ist das Fehlen des Regenerationsverfahrens. Die Faser wird also nicht zu Zellulose zurückverwandelt. Dies hat aber leider einen Mangel zur Folge: das neue Produkt ist vorläufig noch schwer färbbar. Man hat aber erfolgreich versucht, durch verschiedene Zusätze von Beizen zur Färbung, sowie durch oberflächliche „Verfälschung“, d. h. Rückführung der Oberfläche in Zellulose, die Färbbarkeit zu erhöhen. Verschiedene Patente auf diesem Gebiet lassen erkennen, daß auch dieses Problem bald gelöst sein wird.

Verfeinerung im Deutschen Opernhaus. Dienstag fand im Charlottenburger Opernhaus die Zwangsverfeinerung des Fundus des Deutschen Opernhouses statt. Ein Höchstangebot von privaten Theaterdekorationsfirmen auf den gesamten Fundus belief sich nur auf 75 000 M. Nachdem von dem antwortenden Berichtsvollzieher das Mindestangebot auf 750 000 M. festgelegt worden war, erhielt die Stadt Berlin für diesen Betrag den Zuschlag. Entsprechend den Beschlüssen der städtischen Körperkassen steht nunmehr der Gründung der neuen „Städtischen Opernattengesellschaft“ nichts mehr im Wege.

Das Lebenswert von Christian Robbe, dem in Dagen Millen Daler, im Kronenriegelpalast, ist nur noch diese Woche ausgeführt bis Sonntag einschließend.

Internationaler Austausch von grünen Gütern. Am Freitag, 2. April, 8 Uhr, findet im Vorwärtsgebäude (Zimmer der Deutschen Arbeitervereine) eine weitere Besprechung über „Internationalen Austausch von grünen Gütern“ statt. Alle Interessierten sind dazu eingeladen.

Berichtigung. In dem Artikel „Die Prohibition in Australien“ („Unterhaltung und Wissen“ in Nr. 116) ist eine Zahl ausgefallen. Die Umfrage wurde von 623 Personen beantwortet, davon waren 374 (n. 2. 00 Proz.) Arbeiter.

Frankreich gegen Abrüstung?

Dann leidet Amerika ihm nichts mehr.

In Washington heißt es, der französische Botschafter Dsch. net werde von Paris beauftragt werden, zu erklären, daß Frankreich gegenwärtig für die geplante neue Abrüstungskonferenz kein Interesse habe. In der französischen Botschaft erklärt man, von diesen Instruktionen nichts zu wissen. Die französische Botschaft aber könne betonen, daß die Haltung Frankreichs hinsichtlich der Abrüstungskonferenz korrekt sei. Frankreich erreiche tatsächlich entfernt nicht den Prozentsatz an Kriegsschiffen, wie er von der ersten Washingtoner Konferenz festgesetzt worden sei. Es werde hinzugefügt, daß Frankreich über eine Beschränkung der Luftstreitkräfte, die einen der Punkte der Konferenz bilde, nicht diskutieren könne, bevor nicht die Sicherheitsfrage geregelt sei.

Präsident Coolidge ist nach Mitteilung aus dem Weißen Hause dagegen, daß amerikanische Anleihen an auswärtige Regierungen gegeben würden, welche sie für militärische Zwecke benutzen. Diplomatische Kreise halten es für bedeutungsvoll, daß diese Erklärung unverzüglich auf die Pariser Meldung gefolgt sei, wonach Frankreich beschloffen habe, die neue Washingtoner Konferenz nicht zu unterstützen. Die Erklärung fügt hinzu, der Präsident sei für alle Wiederaufbauanleihen, glaube aber nicht, daß Kredite für zu lange Fristen gewährt werden sollten. Es werde notwendig sein, eine genaue Unterscheidung zwischen den Anleihen für fremde Regierungen zu machen. In einigen Fällen werde nichts einzuwenden sein, in anderen aber werde es notwendig sein, zunächst den Zweck der Anleihe zu prüfen.

Parteitage im Ausland.

Die Taktik der italienischen Genossen.

Rom, 31. März. (WZ.) Der Kongress der unitarischen Sozialisten in Rom schloß mit der Annahme einer von Turati beantragten Resolution, die die entschiedene Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus und für die Freiheit fordert. Die Resolution verlangt freie Wahlen, gleichgültig ob die Oppositionsparteien daran teilnehmen oder nicht. Die Entschließung spricht sich ferner für die Angleichung des marxistischen Programms an die neuen Zeitverhältnisse aus, vor allem zwecks Durchführung des Kampfes gegen die Autokratie und zur Sicherung der gewerkschaftlichen Freiheit und Einheit. Die Entschließung wünscht schließlich Stärkung und Erweiterung des Völkerbundes. Die demokratische Presse würdigt diese Entschließung als ein politisches Ereignis.

Die britischen Genossen fordern Räumung Kölns.

London, 31. März. (WZ.) Vom 12. bis 14. April tagt in Gloucester die 33. Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei, auf der zahlreiche die Außenpolitik betreffende Entschließungen zur Förderung gelangen werden, darunter solche über die Haltung gegenüber Rußland und Ägypten, die Frage der Flottenbasis in Singapur, das Genier Protokoll, die Abrüstungsfrage und das Problem der Kriegsschulden. Eine die Räumung Kölns betreffende Entschließung besagt, die Konferenz lege der Regierung dringend die Notwendigkeit nahe, die britischen Truppen aus Köln zurückzuziehen, was gemäß dem Versailler Vertrag am 10. Januar hätte geschehen müssen.

Die Polizei am Wahlsonntag.

Der Polizeipräsident greift ein.

Die auch im „Vorwärts“ gekennzeichneten skandalösen Vorgänge, die sich am Wahlsonntag in der Gegend der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche abspielten, haben den Polizeipräsidenten veranlaßt, den verantwortlichen Polizeioffizieren höheren Grades seine ernste Mißbilligung auszusprechen und sie mit sofortiger Wirkung von ihrer gegenwärtigen Dienststelle abzulösen. Der amtliche Preussische Pressedienst verbreitet in der Angelegenheit, deren prompte Erledigung sicherlich die Billigung aller redlich Denkenden finden wird, folgende Meldung:

Der Berliner Polizeipräsident Dr. Friedensburg hat in einem Erlaß an das Kommando der Schutzpolizei Stellung zu der Organisation des polizeilichen Straßendienstes am letzten Wahlsonntag genommen. Der Vizepräsident Dr. Friedensburg stützt sich dabei keineswegs etwa nur auf Presseberichte, sondern vor allem auf seine eigenen Wahrnehmungen. Der Erlaß beschließt sich insbesondere mit den unliebsamen Vorfällen an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, wo vom Mittag an eine regellose Menge Aufstellung genommen hatte, die nicht nur die Farben der Republik schmälerte und ausprüffte, sondern in zahlreichen Fällen auch sich größte Handgreiflichkeiten gegen Angehörige der Verfassungsparteien zuwenden konnten ließ. Es steht fest, daß die dort postierte Polizei nicht mit der nötigen Energie und Umsicht gegen diese dauernden Ruhe- und Verkehrsstörungen eingegriffen worden ist. Der Erlaß bringt daher mit allem Nachdruck in Erinnerung, daß es auf jeden Fall hätte erreicht werden müssen, daß entweder sämtliche Demonstranten ungehindert und ungedröht passierten, oder daß der Platz überhaupt von der ständehaltenden Menge geräumt wurde. Es sei unbedingt erforderlich, daß gerade bei solchen Gelegenheiten ohne Anfechten der Partei oder Person sämtliche Beteiligten gleichmäßig in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte geschützt werden, und es sei im staatspolitischen Interesse und auch im Interesse der Polizei selbst völlig unerträglich, daß dieser selbstverständliche Schutz gerade den verfassungsmäßigen Farben des Deutschen Reiches und den Vertretern der Parteien und Organisationen, die die Staatsverfassung zu schützen gewillt und befähigt sind, verlagert worden sei.

Der Polizeipräsident ordnet daher an, für den nächsten Wahltag geeignete Vorkehrungen gegen die Wiederkehr derartiger Vorfälle zu treffen und insbesondere Annehmlichkeiten dieser Art durch rechtzeitig bereitgestellte Beamte von vornherein zu verhindern und nötigenfalls rückwärtslos zurückzulassen, ferner allgemein die nachgeordneten Stellen über ein zweckmäßiges Verhalten in derartigen Situationen und auch über den pflichtmäßigen Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben zu belehren. Zum Schluß ordnet der Polizeipräsident noch an, die beiden im vorliegenden Falle verantwortlichen Polizeioffiziere höheren Dienstgrades (den Führer der zuständigen Polizeieinspektion und den Leiter des zuständigen Reviers), denen er seine ernste Mißbilligung ausspricht, mit sofortiger Wirkung von ihrer gegenwärtigen Dienststelle abzulösen.

Am 4. Dezember 1924 fand eine Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Treptow statt, in der der berühmte Agitator Geisler sprach. Nachdem er sich erlaubt hatte, wiederholt zu bemerken, er könne keine Farben Schwarz-Rot-Gold, da man immer nur Gels sehe und also auch nur von Schwarz-Rot-Gelb sprechen könne, ließ sich der Hausbesitzer Morggrol aus Buchalendenweg dazu hinreißen, die Reichsfarben mit Schwarz-Rot-Rotlich zu beschmücken.

In der Gerichtsverhandlung, die vor dem Amtsgericht Neutölln stattfand, wurde der Angeklagte die Sache natürlich in hinstellen, als habe er das Reichsbanner und nicht die Reichsfarben gemeint. Trotzdem wurde er zu der allerdings recht geringen Strafe von 15 Goldmark verurteilt.

Deutscher Bürgermeister in Tondern. In der konstituierenden Sitzung des neuen Stadtrats ist der Deutschbürgerliche Herrmann Thomsen zum Bürgermeister gewählt worden. Stellvertreter wurde Herr Dr. Andriessen.

Das Unglück bei Veltheim.

Bisher 78 Vermißte.

Die letzten Meldungen über die Pontonskatastrophe an der Oberweser bei der gestrigen Reichswehrübung nahe der Porta Westfalica lassen leider erkennen, daß das Unglück einen noch größeren Umfang angenommen hat, als bisher verlautete. Die Zahl der Vermißten schwankt jetzt zwischen 75 und 78, so daß, selbst wenn einige sich davon noch anfinden sollten, mit einer Gesamtzahl der Opfer von mindestens 70 zu rechnen wäre. Diese nachträgliche Erhöhung der zuerst gemeldeten Verluste ergibt sich aus der inzwischen getroffenen Feststellung, daß die verunglückte Fähr nicht, wie bisher angenommen, mit 100, sondern mit 140 bis 150 Reichswehrsoldaten besetzt war. Auf der Fähr befanden sich im Augenblick der Katastrophe die 14. und 16. Kompanie des Ausbildungsbataillons des Infanterieregiments 18 (Detmold), ferner ein Pionier vom Pionierbataillon 6 (Aladen) und der Leutnant Kösch von der Kraftfahrabteilung 6 (Soltan). Ueber den Hergang des Unglücks erfahren wir noch folgende Einzelheiten.

Einzelheiten.

In früheren Zeiten galten solche Fahren, wie sie bei Veltheim benutzt wurden, nur als ein Notbehelf für den Uebergang kleinerer Formationen oder einzelner Fahrzeuge. Wahrscheinlich durch schlechte Lastverteilung und durch zu starke Bierstellung ist nun zuerst eins der vorderen Pontons vollgelaufen, wenige



Zum Weserunglück bei Veltheim.

Sekunden später füllte sich auch der zweite vordere Ponton mit Wasser, so daß die Fähr selbst eine schiefe Ebene bildete, auf der die Mannschaften ins Wasser rutschten. Das Ganze vollzog sich so schnell, daß im Zeitraum von wenigen Sekunden 150 Reichswehrsoldaten in voller Ausrüstung in die reißenden Fluten der Hochwasser führenden Weser stürzten. Vorschrittmäßig lagen hinter der Fähr zwei letzte Pontons als Rettungsboote, die aber von den um ihr Leben kämpfenden Soldaten gleich so überfüllt waren, daß eins dieser Pontons ebenfalls kenterte. Die Tatsache, daß mindestens die Hälfte der auf der Fähr befindlichen Soldaten ums Leben gekommen ist, ist einmal daraus zu erklären, daß das schwere Gepäck der Infanteristen die Berührungspunkte daran hinderte, sich durch Schwimmen zu retten. Hinzu kam noch, daß die Weser gerade an dieser Stelle eine außerordentlich starke Strömung hat und überdies, wie immer im Frühjahr, Hochwasser führt. Es muß aber weiter angenommen werden, daß die meisten der ertrunkenen Soldaten, die von einem langen Uebungsarsch ermüdet waren, beim Sturz in das eiskalte Wasser einen Herzschlag erlitten haben, so daß ihre Rettung unmöglich gewesen wäre.

Die Strömung hat dann die Leichen sehr schnell stromabwärts nach Minden zu gerissen, wodurch die Bergung der Opfer stark erschwert wird. Reichswasserschutz, Strombauernwalzungen und Pioniere suchen zurzeit die Weser von Veltheim nach Minden zu und darüber hinaus nach Petershagen und Stolzenau zu nach Leichen ab. Nach den bisher vorliegenden Meldungen

Aprilüberrassungen.

Zu den Miet- und Fahrpreiserhöhungen.

Der April fängt gut an! Die Mierte ist vom 1. April, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, eine höhere geworden. Gewiß, die Erhöhung ist nicht gar arg, insofern die paar Mark mehr den Monat, wie mit Geringfügigkeit alle Leute mit gut verlogter Bielesche sagen, belasten selbstverständlich das schmale Portemonnaie des kleinen Mannes. Und bei der Mieterhöhung ist es nicht geblieben.

Eine besondere Aprilüberrassungen hat die Reichsbahndirektion den Berlinern gemacht. Als am gestrigen Nachmittag und Abend die Laufende von Berlinern, die Inhaber von Monatskarten sind, an die Schalter kamen, um ihre Karten zu erneuern, erfuhren sie von den bedeutenden Preiserhöhungen. Bemerkenswert genug — und das muß besonders unterrichtet werden — hat die Eisenbahnerverwaltung es unterlassen, ein paar Tage vorher, wie das sonst bei anderen Verkehrsunternehmen zu geschehen pflegt, darauf aufmerksam zu machen, daß das Fahren auf der Stadt- und Ringbahn vom 1. April ab bedeutend teurer sein werde. Auf den Bahnhöfen der Stadt- und Ringbahn und an den schwarzen Brettern waren wohl Plakate und Bekanntmachungen, die auf die bevorstehende Preisvermehrung hinwiesen. Indessen, das elige Publikum hat keine Zeit, diese vielen langweiligen Plakate zu lesen und hatte infolge dessen, da die Zeitungen nicht benachrichtigt worden waren, keine Kenntnis von der Preiserhöhung. An den Schaltern der Stadt- und Ringbahnstationen kam es daher gestern bei Lösung der neuen Karten zum Teil zu erregten Szenen, eine Erregung des Publikums, gemäß begründet, die sich aber sehr ungerechterweise gegen die Beamten richtete, welche die Fahrkarten verkauften. Die Erregung des Publikums ist gemäß begründet, wenn man hört, wie groß der Preisunterschied gegen früher ist. Eine Monatskarte dreier Klasse auf der Stadt- und Ringbahn ist nämlich um 1,50 Mark im Preis gestiegen. Ebenso haben die Wochenkarten, die Arbeiterwochenkarten und Schülerkarten eine Preissteigerung erfahren. Die Eisenbahndirektion wird aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn man ihr wegen dieser — man kann nicht anders sagen — brutalen Preissteigerung energisch auf die Fähr tritt, antworten: Ja, die Lohnhöhung! Man kann der Reichseisenbahndirektion auf diesen Einwurf nur antworten, daß sie damit zur Preiserhöhung noch den Hohn häuft.

Der 1. April ist ja bekanntlich der Tag, an dem viele mehr oder minder geistreiche Menschen, sich sogenannte Aprilscherze erlauben. Die Erhöhung der Mierte und die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise sind leider keine Aprilscherze. Die ernennten Högen dieser Preiserhöhungen werden sich in vielen Haushaltungen sehr bald auswirken. Vielesicht wird aber die Eisenbahnerverwaltung bald einsehen müssen, daß sie sich mit dieser ungeheuren und ungerechten Preissteigerung in das eigene Fleisch geschnitten hat und daß die Fahrgäste abwandern nach der billigeren Straßenbahn.

Ausbildung der Rindehand.

In Berliner Gemeindschulen gibt es seit dem Herbst 1922 einen Werkunterricht, eine planmäßige Anleitung zu Töpfe, Holz- und Metallarbeiten. Neben die Schulung des Geistes, die bisher einseitig als das wichtigste angesehen wurde, ist die Ausbildung der Hand getreten. Die Anabandhandarbeit, die vor Jahrzehnten eine Forderung der Schulreform war und zunächst als private Veranstaltung von Vereinen in eigenen

shallen aber bis heute morgen nur fünf ertrunkene Soldaten geborgen worden sein. Mit Hilfe des Suchgeräts hofft man im Laufe des heutigen Tages noch weitere Leichen bergen zu können. Da die Weser in dieser Gegend vier starke Krümmungen aufweist und mit zahlreichen Buhnen versehen ist, ist damit zu rechnen, daß viele Opfer der Katastrophe an Land gespült werden. Kommandos der Reichswehr, zu denen sich auch zahlreiche freiwillige Helfer aus der Bevölkerung der umliegenden Ortschaften gesellen, streifen beide Flußufer ab. Allerdings dürften acht bis zehn Tage vergehen, ehe alle Ertrunkenen geborgen sein werden, da das schwere Gepäck der verunglückten Soldaten den Auftrieb der Leichen erschwert.

Hannover, 1. April. (WZ.) Nach den bei dem Infanterieführer 6 in Hannover eingezogenen Ermittlungen beträgt die bis heute morgen 10,45 Uhr festgestellte Zahl der bei dem Fährunglück in Veltheim Vermißten von 18. Ausbildungsbataillon 76 Mann, von Kraftfahrabteilung 6 ein Offizier, vom Pionierbataillon 6 ein Mann, zusammen 78 Mann. Die Anzahl der Toten ist noch nicht ermittelt.

Reichswehrminister Dr. Gehler hat an den Kommandeur des 18. Infanterieregiments, dem die Mehrzahl der Ertrunkenen angehört, folgendes gedichtet: Tief erschüttert durch die Meldung von dem schrecklichen Unglücksfall spreche ich dem Regiment und den hierdurch so schwer getroffenen Angehörigen meine herzlichste Teilnahme aus. Ich gedenke in tiefer Trauer der Toten, die in treuer Pflichterfüllung für das Vaterland starben. Es ist angeordnet, daß sämtliche Gebäude der Reichswehr bis einschließlich 4. April aus Anlaß des Unglücksfalles an der Oberweser die Flagge halbmast setzen.

Der Bericht des Inspektors der Pioniere.

Der von dem Reichswehrminister an die Unglücksstelle an der Weser entsandte Inspektor der Pioniere, Generalmajor Ludwig, hat eine Meldung erstattet, in der er die Zahl der bisher vermißten Mannschaften und Offiziere auf 78 angibt. Ueber den Hergang des Unglücks berichtet er folgendes: Am 31. März vormittags fanden Feldübungen von Teilen der VI. Division unter Leitung des Artillerieschülers im Beisein des Divisionskommandeurs statt, bei denen auch das Ueberleben des Pionierbataillons 6 zu üben war. Das Ueberleben geschah durch Bierfähr aus 4 Pontons nach Bild 31 der Brückenbauvorschrift. Ab 7,30 Uhr vormittags waren vier Fährten glatt verlaufen. Zur fünften Fähr gegen 10 Uhr vormittags wurden die Fährten mit etwa 150 Köpfern besetzt. Das Unglück ist wahrscheinlich verursacht durch ungleichmäßige Verteilung und einseitiges Einfallen der Fähr nach der Abfahrt, verstärkt durch zu starke Bierstellung. Die Fähr war im ganzen wohl auch überlastet. In der Mitte des Stromes zogen später zwei Pontons Wasser, darauf erfolgte weiteres Einfallen der Fähr. Zusammenstößen und Abrutschen der Befahrung. Die Rettung war trotz des Vorhandenseins von zwei Rettungsfähnen und Schwimmgürteln infolge Zusammenballens der im Wasser Liegenden und durch das Umschlagen eines überfüllten Rettungsfahnes erschwert. In den Rettungsarbeiten haben sich Bevölkerung und Fährleute sofort hervorragend beteiligt. Die Leitung des Ueberlebenden hatte Oberleutnant Jordan vom Pionierbataillon 6, der sich auf der Fähr befand und zurzeit noch nicht vernehmungsfähig ist. Die Vernehmungen wurden heute früh um 8 Uhr fortgesetzt. Neben die vom Reichswehrministerium durchgeführte Untersuchung über die Ursache des Unglücks tritt die gerichtliche Untersuchung.

Explosion auf einem Torpedoboot.

Vier Menschen getötet.

Wilhelmshaven, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf der hiesigen Marinewerft ereignete sich am Dienstag abend auf dem Torpedoboot G. 8 ein schweres Unglück. Bei der Probe eines Dampfrohres gab es eine Explosion, wodurch zwei Arbeiter und zwei Soldaten getötet und vier verletzt wurden. Die Verletzungen sind schwerer Art.

Anabandwerftstätten betrieben wurde, ist heute ein Lehrgegenstand mit Beteiligungspflicht für alle Kinder. Einstweilen hat in Berlin erst eine kleine Anzahl Klassen diesen Unterricht, aber die Ausdehnung auf alle Klassen der für ihn in Betracht kommenden Klassenstufen ist im Gange. Zur Heranbildung von Werklehrern in der erforderlichen sehr beträchtlichen Zahl ist ein Werklehrerseminar geschaffen worden, das jetzt sein erstes Arbeitsjahr hinter sich hat. Das älteste Werklehrerseminar Deutschlands besteht in Leipzig; das Reich, der Staat Sachsen und die Stadt Leipzig decken die Kosten. Auch Hildesheim, Düsseldorf und Köln haben städtische Werklehrerseminare, die staatlich anerkannt sind. Was die junge Berliner Lehrkräfte, die gleichfalls bereits staatlich anerkannt ist, in ihrem ersten Jahr geleistet hat, zeigt eine im Hause des Werklehrerseminars (Berlin, Albrechtstr. 27) untergebrachte kleine Ausstellung der von Teilnehmern des Lehrganges angefertigten Arbeiten. Sie wurde gestern am Abend eröffnet und kann nur noch heute von 4—6 Uhr besichtigt werden. Das Werklehrerseminar, zu dessen Lehrkörper zwei Lehrer der Kunstgewerbeschule und mehrere Handwerksmeister gehören, will dem künftigen Werklehrer möglichst vertrautheit mit der Grundtechnik des Buchbinders, des Tischlers, des Klempners, des Schlossers geben, in ihm durch Schulung des Geschmacks das Gefühl für eine auch in dieser Hinsicht gute handwerkliche Leistung steigern und ihn schließlich auch zur vollen pädagogischen Auswertung der Anabandhandarbeit befähigen. In dem neuen Haushaltsplan der Stadt Berlin sind größere Mittel zur Förderung des Werkunterrichts in Schulen und der Ausbildung von Werklehrern vorgesehen.

Ein Verstorben gefunden. Bei der Rundgebung der Deutschen Demokratischen Partei am 24. März im Berliner Sportpalast wurde ein Verstorben gefunden. Abgeholt im Haus des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin S 14, Schützenstr. 37/38.

Papa Forten.

Die Hausangestellte Martha J. hatte Anfang vorigen Jahres beim Amtsgericht Wiesbaden gegen ihren früheren Dienstherrn, den ehemaligen Separatistenführer und „rheinischen Eintagspräsidenten“ Dr. Forten in Wiesbaden eine Unterhaltsklage für ihr am 27. August 1923 geborenes uneheliches Kind erhoben. Forten wandte sich an die Rheinlandkommission um „Schutz“ und die Franzosen forderten bekanntlich auch prompt um dem Termin die Affen ein. Das Amtsgericht kam gewungenermaßen am 11. März 1924 dieser Aufforderung nach, machte hierbei aber darauf aufmerksam, daß es sich um einen Rechtsstreit handele, der seiner Natur nach einer besonderen Beschleunigung bedürfe. Trotzdem hielt die Rheinlandkommission die Affen monatelang zurück. Erst am 4. November 1924 konnte das Amtsgericht in Wiesbaden, nachdem inzwischen die Kindesmutter eidlich vernommen worden war, die Beurteilung des Dr. Forten zur Zahlung der Unterhaltsrente aussprechen. Der französische Bezirksdelegierte in Wiesbaden hat nun jetzt auf Anfrage mitgeteilt, daß er gegen die Vollstreckung dieses Urteils nichts einzuwenden habe. Diese Erklärung hat aber nur formale Bedeutung, da Forten inzwischen seinen Wohnsitz nach Frankreich (angeblich Nizza) verlegt und in Deutschland keinerlei pfändbare Vermögensstücke zurückgelassen hat.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. April. Reichsbanner. Arbeiterbewegung und Arbeiterpartei. Gesamtliste. 2. April, Seite 1. Ua, bei Rosa. Gebauer Str. 13. Material abholen.

Gewerkschaftsbewegung

Unser Gewerkschaftshaus-Jubiläum.

Am Dienstagabend zeigte sich unser Berliner Gewerkschaftshaus im festlichen Schmuck. Galt es doch sein 25jähriges Bestehen zu feiern, das für die Berliner Gewerkschaftsbewegung in ernsten und frohen Stunden recht bedeutsam war. Allen, die zu seiner Schöpfung und zu seiner Erhaltung beigetragen haben, all den an der Spitze der Berliner Gewerkschaften, der Partei und der Konsumgenossenschaft stehenden Genossen hatte das Gewerkschaftshaus seine Räume geöffnet, um sich ihnen wieder einmal von seiner besten Seite zu zeigen. Arbeitersekretär Gustav Link, einer der Mitbegründer des Hauses, begrüßte unter den Gästen in erster Linie die Gattin des verstorbenen Genossen Dr. Leo Krans mit ihren Söhnen, des Mannes, dem die Gewerkschaften hauptsächlich die Errichtung ihrer Waffenschmiede zu verdanken haben, ferner den Genossen Sassenbach, den Tischhelfer und langjährigen Verwalter des Hauses, und nicht zuletzt das Ehepaar Busse, das vor 25 Jahren die Verwaltung der Herberge übernommen und sie in fetten pflichtgetreuer Weise all die Jahre hindurch besorgt hat. Auch des verstorbenen Generaldirektors der Schultheißbrauerei, Herrn Köllke, der mit zum Gelingen des Werkes beigetragen hat, gedachte Link. Er schilderte die Entstehung des Planes der Schaffung eines Sammelpunktes der Berliner Gewerkschaften, in Verbindung mit einer Herberge. Die Herbergsverhältnisse für die wandernden Handwerksgehilfen, insbesondere für die Gewerkschaftsmitglieder, die sich in den Herbergen zur „Heimat“ mit ihrem meist heuchlerischen religiösen Getöse am wenigsten wohl fühlten, waren geradezu trostlos. Mit Bananen und ähnlichen Klagen hatten sich die Gewerkschaftskomitees fortwährend zu befassen. Den Berliner Gewerkschaften gelang es, nachdem die Stuttgarter Gewerkschaften sich eine Herberge geschaffen, eine solche in mustergültiger Weise zu errichten. Was dies bedeutete, weiß man heute weniger mehr zu würdigen, weil das Wandern der Gefellen heute nicht mehr die Rolle spielt wie noch in der Frühzeit der Gewerkschaften.

Sassenbach wies in kurzer Rede auf den damaligen Stand der Gewerkschaften hin, die in Berlin nur erst einige wenige und zudem nur recht notdürftig besoldete Angestellte hatten. Die Geschichte des Berliner Gewerkschaftshauses spiegelt die Entwicklung der ganzen Berliner Gewerkschaftsbewegung wieder. Hoffentlich seien die Zeiten für immer vorüber, in denen Berliner Arbeiter sich ansehnten, das Gewerkschaftshaus zu demolieren. Daß unser Gewerkschaftshaus während der Kriegszeit erst von damaligen Bürdenträgern „entdeckt“ und bewundert wurde, blieb unerwähnt. Schließlich feierte Genosse Ziska die Leistung unserer Vorkämpfer und legte als Vertreter der jüngeren Generation das Gelübnis ab, in ihrem Sinne zu wirken.

Die Gastwirtschaftliche Betriebsgesellschaft, das Orchester des Deutschen Musikerverbandes und die Sänger der Typographia weiterteilten zusammen, um den Abend für die Gäste der Gewerkschaftshaus G. m. b. H. würdig und lebendig zu gestalten.

Heute abend wird eine Feier in größerem Rahmen in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses den Gedentag beschließen.

Auflehnung gegen das Gesetz.

Dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband wird uns geschrieben:

Eine monatelanger tariflich ungewisser Zustand in der Gummikonfektion, dem wiederholte Verhandlungen zwischen den Parteien und drei Schiedsgerichtsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium vorangingen, wurde dadurch zu einem gewissen Abschluß gebracht, daß ein Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums am 25. Februar einen Schiedsspruch über die noch vorhandenen Streitfragen fällte, welcher nach Ablehnung durch den Arbeitgeberverband auf unseren Antrag vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt wurde. Damit ist zwangsweise rechtlich ein Vertragsverhältnis zwischen den Parteien hergestellt. Aus dieser Erkenntnis haben bisher auch alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die bindenden Schiedsprüche des Reichsarbeitsministeriums respektiert und als vertragliche Grundlage für die künftige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt. Der Verband der Gummimantelfabrikanten weigert sich aber, auch diesen verbindlichen Schiedsspruch anzuerkennen und will dessen

Anwendung verhindern, indem er die Beschäftigten in den Betrieben seiner Mitglieder aussperrt. Dieses Vorgehen bedeutet die Führung eines Kampfes nach zwei Seiten: einmal gegen die behördlichen Einrichtungen des Schlichtungswesens und deren ausführenden Organe und zum anderen gegen die Arbeiter-schaft und deren Organisation.

Es hat noch keine Unternehmerorganisation bisher gewagt, so offen gegen verbindlich erklärte Schiedsprüche vorzugehen und diese nichtig zu machen. Selbst die Scharmacher in der Vereinnahmung Deutscher Arbeitgeberverbände sind in ihrer Rücksichtslosigkeit bisher nicht so weit gegangen, sondern haben bei ihren Kämpfen gegen die öffentlichen Schlichtungsorgane die geltenden Rechtsbestimmungen allgemein beachtet. Der Verband der Gummimantelfabrikanten pfeift auf Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums, pfeift auf die tarifvertraglichen Rechte und will unter allen Umständen die Arbeiter der wenigen Rechte, welche ihnen durch die Schlichtungsorgane noch zustehen, berauben.

Rechtlich ist ein solcher Zwangsvertrag einem Parteivertrag gleichzusetzen. Wir können nicht annehmen, daß eine Reichsbehörde sich eine solche Mißachtung und Verhöhnung ihrer Entscheidungen gefallen lassen wird und halten es deshalb für selbstverständlich, daß das Reichsarbeitsministerium Veranlassung nimmt, die Unternehmerorganisation zur Anerkennung und Innehaltung des Schiedsspruches zu zwingen.

Die von der Aussperrung betroffene Arbeiterschaft muß hieraus die notwendige Schlussfolgerung ziehen: dafür zu sorgen, daß alle Beschäftigten reiflos ihrer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen, um sich so die organisatorische Macht zu schaffen, die es ermöglicht, im Interesse der Mitglieder erfolgreich zu wirken.

Treffend gezeichnet.

Aus der Süßwaren- und Genussmittelbranche.

In einer Versammlung der Arbeiter aus den Süßwaren- und Genussmittelbetrieben berichtete am Montagabend Binzlers vom Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter über die in Dresden zentral geführten Lohnverhandlungen für die Branche. Der Verband hatte im Januar das Lohnabkommen gekündigt, um eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen. Bei den Verhandlungen verlangten die Unternehmer, daß die Ortslohnzuschläge abgebaut werden sollten, was in der Praxis eine Herabsetzung der Berliner Löhne bedeutet hätte. Der zur Vermittlung angerufenen Schlichter verpflichtete die Parteien, bis zum 10. März zu einer Einigung zu kommen. Nach langen Verhandlungen erging dann schließlich ein Spruch des Schlichtungsausschusses Dresden, der die Spitzenlöhne für Facharbeiter auf 82 Pf., für Hilfsarbeiter auf 71 Pf. und für Arbeiterinnen auf 45 Pf. die Stunde festsetzte. Das Lohnabkommen tritt in der Woche in Kraft, in die der 26. März fällt; es gilt bis Ende Juni. Der Spruch des Schlichtungsausschusses ist für beide Teile bindend.

Die Versammlung beschäftigte sich ferner ausgiebig mit einem Bericht, welchen die „Rote Fahne“ über die vorübergehende Branchenversammlung veröffentlicht hatte. In diesem Bericht wurde von der kämpfenden Arbeiterschaft und den Führern der Branche in so verachtender und lächerlicher Form gesprochen, daß daraus ein schwerer Schaden für die Branche und ein Nutzen für die Arbeitgeber entstehen müßte, wenn diese die „Rote Fahne“ als Arbeiterblatt ansehen würden.

Die Zahlen, mit welchen der Artikel die Lohnbewegung als schwächlich darstellte, sind falsch. In der Diskussion wurde es als niederträchtig und hinterhältig getadelt, daß dieses reaktionäre Blatt durch seine Gewerkschaftsredaktoren einen Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Arbeiterschaft gerade in der Lohnbewegung führt und den Arbeitgebern solche Spitzendienste leistet. Die Branchenversammlung nahm daher einstimmig, mit den Stimmen der anwesenden Kommunisten, folgende Resolution an:

„Die heutige Branchenversammlung spricht der Verleumdung der „Roten Fahne“ vom 13. März über unsere Lohnbewegung in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie das allerjährlche Mißtrauen aus. Dieser Bericht ist ein Liebesdienst für das Arbeitgebertum und ein Verrat an der kämpfenden Arbeiterschaft.“

Die Arbeiterschaft sollte sich endlich einmal in einer Zeit, wo es mit diesem sogenannten Kommunismus mit Rosenbüchlein abwärts geht, darauf besinnen, in wie vielen unzähligen Fällen auf diese Weise die Arbeiterschaft ans Messer geliefert wird.

Dreischichtwechsel in den Hochofenbetrieben.

Eisen, 1. April. (Eigener Drahtbericht) Am Dienstag fanden Verhandlungen in Dortmund unter dem Vorsitz des Schlichters für Rheinland-Westfalen statt über den Konflikt zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und

Stahlindustrie und den Metallarbeiterverbänden bezüglich der Einführung der dreigeschichtigen Schicht in den Hochofenbetrieben ab 1. April 1925, gemäß der Verordnung vom 20. Januar 1925. Die Arbeitgeber gaben nach mehrstündiger Verhandlung die Erklärung ab, daß sie bereit seien, ab 1. April, spätestens ab 4. April, die dreigeschichtige Schicht in den Hochofenbetrieben einzuführen. Damit ist ein großer Konflikt in der Metallindustrie in letzter Stunde verhindert worden. Das schauerhafte Zweischichtensystem hat so den letzten Stoß bekommen, der Arbeiterschaft kommt wieder zur Geltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Branche V. Straßenreinigung und Stadtfuhrpark. Donnerstag, den 3. April 1925, abends 6 Uhr, im Saal des Verbandshauses, Johannstraße 14/15. Versammlung der Branchenbelegten der Bezirke 1-20.

Wirtschaft

Adler u. Oppenheimer A.-G. Berlin. Das Stammhaus und Hauptwerk dieser großen Lederfabrik stand in Lingolsheim bei Straßburg im Elsaß und wurde von den Franzosen besetzt. Es blieben der Firma nur die kleinere Lederfabrik in Neumünster (Holstein) und die von ihr beherrschte Lederwerke G. m. b. H. Neustadt (Wecklenburg). Für den verlorenen Straßburger Besitz wurde die Gesellschaft Gläubigerin des Reichsiskus. Wie bei den schwerindustriellen Werken Lothringens zeigt sich auch bei dieser Lederfirma, im Gegensatz zu den mit Pfennigen abgepefften unzähligen kleinen Sequestrationsgeschädigten, daß der „Verlust“ der Werte ein gutes Geschäft war. Allerdings hat die Inflation das Ihrige dazu beigetragen. Die Adler u. Oppenheimer A.-G. war nämlich in der Lage, schon 1921 durch einen Fusionsvertrag die G. Köster Lederfabrik A.-G. Neumünster zu erwerben und die inzwischen ganz auf sie übergegangenen Lederwerke Neustadt bedeutend zu vergrößern. Ebenso hat sie ihre Beteiligungen an den Lederfabriken Witz vom J. Lambert und F. Schöhl G. m. b. H. Firmasens erweitert. Endlich konnte sie 1923 die Aktienmehrheit der A.-G. für Lederfabrikation München erwerben und sich die Fabrikations- und Handels-G. m. b. H. E. G. Kaufmann-Münch anschließen, die für die Adler u. Oppenheimer A.-G. durch ihre Absatzorganisation besonders wertvoll ist. Im Geschäftsbericht für 1923 ist auch angegeben, wie sich die Firma während der Zeit des rapiden Marksturzes gesund erhielt. Sie betrieb auf der Grundlage der niedrigen deutschen Löhne Lohngewerke für eine Amsterdammer Leder Ratshappi, deren Kapital sich in den Händen von Aufsichtsräten der Adler u. Oppenheimer A.-G. befinden soll. — Rein Wunder, daß die Golderdösungsbilanz ein sehr gutes Geschäft hat. Trotz der „Kriegsverluste“ im Ausland konnten Kapital und Reserven auf 15,82 Mill. gegen 12 Mill. 1913 festgestellt werden. Auch mit den Wertstellungen brauchte nicht gekauert zu werden; sie sind in ihrem ursprünglichen Goldmarkwert ausgelesen. Die Obligationen, allerdings Friedensobligationen mit ursprünglich 6,2 Mill., von denen im Juni 1923 noch 5,3 Mill. im Umlauf waren mit Kündigung zum 30. Juni 1923, erscheinen nur noch mit ganzen 66,600 M. Sie haben entschieden dazu beigetragen, daß der Vorstand in seinem Goldwertstellungsbericht stolz darauf hinweisen konnte, daß die Gesellschaft ihren Aktionären nicht nur das Vorkriegskapital von 12 Mill. voll erhalten, sondern auch das Reinvermögen noch über den Goldwert der Einzahlungen steigern konnte, die in der Inflationszeit gemacht worden sind.

Konsumtenkammern in der Tischholzmater. Das Ernährungsministerium hat einen Gesetzentwurf über die Konsumten- und Arbeiterkammern ausgearbeitet, nach dem die Kammern je 60 Mitglieder zählen sollen. Die Hälfte wird von den Gewerkschaften, die andere Hälfte von den Konsumgenossenschaften gewählt werden. Jede Kammer wird sich in eine Arbeitersektion und eine Konsumtensektion teilen. Die Mitglieder der zwei Abteilungen werden in getrennten Wahlgängen gewählt werden.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Zunächst noch mild, anfangs wolfig, Heftigkeit auffarend, später zunehmend bewölkt und Neigung zu Niederschlägen. — Deutschland: Noch mild, Süddeutschland stellenweise heiter. Norddeutschland meist wolfig. Später von Westen nach Osten zunehmende Bewölkung.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Reuter; Schriftföhrer: Erich Gollmann; Gewerkschaftsbewegung: F. Götter; Redaktion: Dr. John Schilowski; Verleger und Geschäftsföhrer: Fritz Karsch; Verleger: K. Gollmann; Druck: Hermann Gollmann; Druck- und Verlagsanstalt: Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angesch. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Plötzburg 9331

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Teilzahlung!

Kinderwagen
Sportwagen

Kleines Anzahlung! Bequeme Abzahlung!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 82, I
am Hochbahnhof Nordring

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.

Me alleorten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehöhr, Strohmatratze, an Private Bequeme Bettenenden Katalog 30A frei.
Sisennmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Korbmöbel

Eigene Heraterein in gediegenen Ausführungen kaut. Sie bel gr. Auswahl vorzuziehen ist im Spezial-Korbmöbelhaus
Edmund Voß
Neukölln, Berliner Str. 14
Nähe Hermannplatz
Tele. 441111254, Zahlungsverleichteirg

Erfinder — Vorwärts

Neuende aus Verdienstmöglichkeit! Ausführung und Erwerbungs geb. Beschäfte
„Die neue Welt“
gratis buch: Erdmann & Co., Berlin, Köpenicker Straße 71.

Gute Bücher

30 bis 70% billiger!

Berlangen Sie bitte sofort spezialfreie Zusendung meines Katalogs S. Manegga's Universal-Buchh. Treiburg 1. Str. VIII.

Rheumatismus in Schmerzhaft. Begeen Gliederreiben, Nict, Muskel- und Gliederschwäche, Brust- und Rückenschmerzen, Geschwulst um. wird mit großem Erfolg angegriffen mein seit Jahren als vorzüglich anerkanntes
Verb. Burgunder - Pechpflaster Preis 1 Mk. bei 8 Stück Wert, frei Haus. Nur allein echt bei
Arthur Mothas, Berlin N. 31, Farnseher Str. 41.
Fernsprecher Amt Humb. 3121.

1000 Strickwesten

Sportjacken etc. aller Art.
Bleye's Kinder-Kleidung
zu Originalpreisen.
Billigste Quelle für Kenner u. ausersensenen Geschmack

Bruno Richter & Co.

Fabriklager thür. Wollwaren
Eis.-Parkow, Wilmersd. 1, Ecke Breitestraße
9-7 9-9 Nur Einzelverkauf.

A. Behelm - Schwarzbachs

Kaufmännische Privatzirkel
(Inh. F. Egerert)
Soudöln. Anmeldung, Gaughoferstr. 1
und Ber. Iner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres ehrenf. — Fernspr.: Neukölln 1009

Schokoladen

Boston / Stangen / Negerküsse
Oster-Artikel
in großer Auswahl
Paul Grindel, Dircsenstraße 47
nahe Bahnhof Börse.

Neu eröffnet!

STEIN
NÜRNBERGERSTR. 18
AN DER TAUBENTZENSTRASSE
HERRN UND DAMEN
GARDEROBEN

auf Kredit streng diskret
Beamte und Privatangestellte auch ohne Anzahlung!

Herren-Anzüge für Straße, Sport, Gesellschaft
Paletto's Merango Covercoas und Jede gang
Damen-Gesellschafts-Kleider, Blusen, Kasaks, Complots, Kostüme, Mäntel vom einfachsten bis zum elegantesten

Neu eröffnet!

Gummimäntel für Herren und Damen

Arno Holz

Der erste Schilkrug

Eine Novelle / Ganzleinen 1.40 M., zu haben
Buchhandlung F. H. W. Dieck Nachf.
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Besonders billig!

wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanfrage des „Vorwärts“ und